



EWR Netze GmbH

**Prüfungsvermerk
des unabhängigen Wirtschaftsprüfers
über die Prüfung der
Aufstellung eines Netzbetreibers
der Stromabgaben an Letztverbraucher
für das Kalenderjahr 2019**

Prüfungsvermerk des unabhängigen Wirtschaftsprüfers über die Prüfung der Aufstellung eines Netzbetreibers der Stromabgaben an Letztverbraucher

An: EWR Netze GmbH, Lichtenstein

Wir haben eine Prüfung nach § 30 Abs. 1 Nr. 9 KWKG und § 30 Abs. 1 Nr. 7 KWKG 2016 zur Erlangung hinreichender Sicherheit der beigefügten Aufstellungen der EWR Netze GmbH, Lichtenstein (im Folgenden: Gesellschaft), der Stromabgaben an Letztverbraucher für das Kalenderjahr 2019 ("Aufstellung der Stromabgaben an Letztverbraucher") durchgeführt. Die Aufstellung der Stromabgaben an Letztverbraucher dient der Gesellschaft zur Erfüllung ihrer Mitteilungspflichten nach § 28 Abs. 5 Satz 2 KWKG, § 17f Abs. 1 EnWG, § 18 Abs. 1 AbLaV und § 19 Abs. 2 Satz 15 StromNEV.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung der Stromabgaben an Letztverbraucher nach den Vorschriften des KWKG, des EnWG, der AbLaV und der StromNEV. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung der Stromabgaben an Letztverbraucher zu ermöglichen, die frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Angaben ist.

Verantwortung des Wirtschaftsprüfers

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung nach § 30 Abs. 1 Nr. 9 KWKG und § 30 Abs. 1 Nr. 7 KWKG ein Prüfungsurteil mit hinreichender Sicherheit zu der Aufstellung der Stromabgaben an Letztverbraucher abzugeben. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung des *Entwurfs einer Neufassung des IDW Prüfungsstandards: Sonstige betriebswirtschaftliche Prüfungen und ähnliche Leistungen im Zusammenhang mit energierechtlichen Vorschriften (IDW EPS 970 n.F.) sowie des IDW Prüfungshinweises: Besonderheiten der Prüfung nach § 30 Abs. 1 Nr. 9 KWKG der Abrechnungen eines Netzbetreibers für das Kalenderjahr 2019 (IDW PH 9.970.33) (Stand: 17.04.2020)* durchgeführt.

Danach wenden wir als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätssicherungsstandards: *Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS1)* an. Die Berufspflichten gemäß der Wirtschaftsprüferordnung und der Berufssatzung für Wirtschaftsprüfer/vereidigte Buchprüfer einschließlich der Anforderungen an die Unabhängigkeit haben wir eingehalten.

Die Prüfung ist so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob die Aufstellung der Stromabgaben an Letztverbraucher frei von wesentlichen falschen Angaben ist. Die Prüfung umfasst die Durchführung von Prüfungshandlungen, um Prüfungsnachweise für die in der Aufstellung der Stromabgaben an Letztverbraucher enthaltenen Angaben zu erlangen. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Wirtschaftsprüfers. Dies schließt die Beurteilung der Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Angaben in der Aufstellung der Stromabgaben an Letztverbraucher ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Wirtschaftsprüfer das interne Kontrollsystem, das relevant ist für die Aufstellung der Stromabgaben an Letztverbraucher. Ziel hierbei ist es, Prüfungshandlungen zu planen und durchzuführen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben. Eine Prüfung umfasst auch die Beurteilung der angewandten Methoden bei der Aufstellung der Stromabgaben an Letztverbraucher und der Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern geschätzten Werte.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und angemessen sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung entspricht die Aufstellung der Stromabgaben an Letztverbraucher für das Kalenderjahr 2019 in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften des KWKG, des EnWG, der AbLaV und der StromNEV.

Maßgebende Vorschriften, Weitergabe- und Verwendungsbeschränkung

Ohne unser Prüfungsurteil einzuschränken, weisen wir auf die Vorschriften des § 28 Abs. 5 KWKG, des § 17f EnWG, des § 18 Abs. 1 AbLaV und des § 19 Abs. 2 StromNEV, in denen die maßgebenden Mitteilungspflichten des Netzbetreibers beschrieben werden. Die Aufstellung der Stromabgaben an Letztverbraucher wurde aufgestellt, um die Mitteilungspflichten zu erfüllen. Folglich ist die Aufstellung der Stromabgaben an Letztverbraucher möglicherweise für einen anderen als den vorgenannten Zweck nicht geeignet.

Dementsprechend ist dieser Prüfungsvermerk an die Gesellschaft gerichtet und dient allein der Vorlage beim vorgelagerten Übertragungsnetzbetreiber zum Zwecke der Abwicklung der bundesweiten Ausgleichsregelung nach § 28 KWKG, § 17f EnWG, § 18 Abs. 1 AbLaV und § 19 Abs. 2 StromNEV. Er darf nicht an sonstige Dritte weitergegeben und auch nicht für andere Zwecke als den vorgenannten verwendet werden.

Wir erteilen diese Bescheinigung auf Grundlage des mit der Gesellschaft geschlossenen Auftrags, dem, auch mit Wirkung gegenüber Dritten, die dieser Bescheinigung beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017 mit der Maßgabe zugrunde liegen, dass die darin vereinbarte Haftungshöchstgrenze gegenüber der Gesellschaft und allen weiteren Personen, die diese Bescheinigung mit unserer Zustimmung erhalten, als gemeinschaftlicher Haftungshöchstbetrag gilt. Auf die Rechte aus § 334 BGB wird nicht verzichtet. Eine über unser Auftragsverhältnis hinausgehende Verantwortung übernehmen wir nicht.

Reutlingen, den 23. Juli 2020

VOELKER GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Liane Slama

Wirtschaftsprüfer



Anlagen

- Anlage I
Aufstellung der EWR Netze GmbH, Lichtenstein der Stromabgaben an Letztverbraucher für das Kalenderjahr 2019
- Anlage II
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017

AUFSTELLUNG DER EWR NETZE GMBH DER STROMABGABEN AN LETZTVVERBRAUCHER FÜR DAS KALENDERJAHR 2019

Wir, die EWR Netze GmbH sind

- nach § 28 Abs. 5 Satz 2 KWKG,
- nach § 17f Abs. 1 Satz 4 EnWG i.V.m. § 28 Abs. 5 Satz 2 KWKG,
- nach § 18 Abs. 1 Satz 1 AbLaV i.V.m. § 28 Abs. 5 Satz 2 KWKG und
- nach § 19 Abs. 2 Satz 15 StromNEV i.V.m. § 28 Abs. 6 Satz 2 KWKG 2016¹

verpflichtet, jeweils Abrechnungen über Stromabgaben an Letztverbraucher für das Kalenderjahr 2019 aufzustellen. Dieser Verpflichtung kommen wir im Folgenden nach.

1. Abrechnung nach KWKG, EnWG und AbLaV

Die nachfolgende Tabelle gibt die Stromabgaben an Letztverbraucher im Kalenderjahr 2019 im Bereich unseres Netzes nach § 28 Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 und 2 KWKG und nach § 17f Abs. 5 Satz 2 EnWG i.V.m. § 28 Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 und 2 KWKG wieder. Diese teilen sich – vor Berücksichtigung des § 27b KWKG i.V.m. § 61l Abs. 1 EEG 2017 und des § 17f Abs. 5 Satz 2 EnWG i.V.m. § 27b KWKG, § 61l Abs. 1 EEG 2017 – auf die folgenden Letztverbrauchskategorien auf:

Stromabgaben an Letztverbraucher, für die wir berechtigt sind, die KWKG-Umlage zu erheben	[kWh]
KWKG-Umlage nach § 26 KWKG* / Offshore-Netzumlage nach § 17f EnWG** (100 % der Umlage)	19.969.289
Begrenzte KWKG-Umlage nach § 27a Abs. 1 KWKG / Offshore-Netzumlage nach § 17f Abs. 5 Satz 2 EnWG i.V.m. § 27a Abs. 1 KWKG (15 % der KWKG-Umlage)	0
Begrenzte KWKG-Umlage nach § 27c Abs. 1 Satz 1 KWKG / Offshore-Netzumlage nach § 17f Abs. 5 Satz 2 EnWG i.V.m. § 27c Abs. 1 Satz 1 KWKG (0,04 ct/kWh)	0
Begrenzte KWKG-Umlage nach § 27c Abs. 1 Satz 2 KWKG / Offshore-Netzumlage nach § 17f Abs. 5 Satz 2 EnWG i.V.m. nach § 27c Abs. 1 Satz 2 KWKG (0,03 ct/kWh)	0
Zwischensumme:	19.969.289
Stromabgaben an Letztverbraucher, für die der zuständige	0

¹ Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz vom 21.12.2015 (BGBl. I S. 2498) in der durch Artikel 14 des Gesetzes vom 29.08.2016 (BGBl. I S. 2034) geänderten Fassung.

Stromabgaben an Letztverbraucher, für die wir berechtigt sind, die KWKG-Umlage zu erheben	[kWh]
Übertragungsnetzbetreiber die KWKG-Umlage nach § 27 Abs. 2, 2a KWKG sowie die Offshore-Netzumlage nach § 17f Abs. 5 Satz 2 EnWG i.V.m. § 27 Abs. 2, 2a KWKG erhebt	
Summe der Stromabgaben an Letztverbraucher	19.969.289

* einschließlich des Verbrauchs der ersten GWh an einer Abnahmestelle, an der die KWKG-Umlage nach § 27a KWKG (Anlagen zur Verstromung von Kuppelgasen) oder nach § 27c KWKG (Schienenbahnen) begrenzt ist.

** einschließlich des Verbrauchs der ersten GWh an einer Abnahmestelle, an der die Offshore-Netzumlage nach § 17f Abs. 5 Satz 2 EnWG i.V.m. § 27a KWKG (Anlagen zur Verstromung von Kuppelgasen) oder nach § 17f Abs. 5 Satz 2 EnWG i.V.m. § 27c KWKG (Schienenbahnen) begrenzt ist.

Die Angabe der Summe der Stromabgaben an Letztverbraucher dient gleichzeitig der Abwicklung des bundesweiten Belastungsausgleichs nach § 18 Abs. 1 Satz 1 AbLaV.

In der folgenden Tabelle sind die Stromabgaben ausgewiesen, für die Dritte uns gegenüber den Anspruch auf Verringerung der KWKG-Umlage und der Offshore-Netzumlage bei Stromspeichern aufgrund von § 27b KWKG i.V.m. § 61l Abs. 1 EEG 2017 sowie von § 17f Abs. 5 Satz 2 EnWG i.V.m. § 27b KWKG i.V.m. § 61l Abs. 1 EEG 2017 geltend gemacht haben und die in der vorstehenden Tabelle enthalten sind. Ferner ist nachfolgend die korrespondierende Höhe der Verringerung der KWKG-Umlage und der Offshore-Netzumlage jeweils als negativer Betrag angegeben („Saldierungsbeträge“).²

Verringerung der KWKG-Umlage / Offshore-Netzumlage aufgrund von	Stromabgaben [kWh]	Saldierungsbeträge hinsichtlich	
		KWKG-Umlage [EUR]	Offshore-Netzumlage [EUR]
§ 27b KWKG i.V.m. § 61l Abs. 1 EEG 2017 / § 17f Abs. 5 Satz 2 EnWG i.V.m. § 27b KWKG i.V.m. § 61l Abs. 1 EEG 2017 (von einem elektrischen, chemischen, mechanischen oder physikalischen Stromspeicher bei der Beladung verbrauchter Strom)			

² Auf die Frist des § 27b KWKG wird hingewiesen. Danach müssen die Mitteilungen nach § 74 und § 74a EEG 2017 an den zuständigen Netzbetreiber bis zum 31.03. des auf die Begrenzung folgenden Jahres erfolgen.

2. Abrechnung nach StromNEV

Die nachfolgende Tabelle gibt nach Maßgabe der Regelungen der StromNEV die Stromabgabe an

- Letztverbraucher i.S. des § 19 Abs. 2 Satz 15 StromNEV i.V.m. § 26 Abs. 2 Satz 1 KWKG 2016 (Letztverbrauchergruppe B'),
- Letztverbraucher i.S. des § 19 Abs. 2 Satz 15 StromNEV i.V.m. § 26 Abs. 2 Satz 2 KWKG 2016 (Letztverbrauchergruppe C') und
- andere Letztverbraucher (Letztverbrauchergruppe A')

im Bereich unseres Netzes für das Kalenderjahr 2019 nach den folgenden Letztverbrauchskategorien wieder:

Letztverbrauchskategorie	[kWh]
Stromabgabe an Letztverbraucher der Gruppe A' sowie der Gruppen B' und C' bis zu einem Jahresverbrauch an einer Abnahmestelle von 1 GWh	17.162.564
Stromabgabe an Letztverbraucher der Gruppe B' oberhalb eines Jahresverbrauchs an einer Abnahmestelle von 1 GWh	2.806.725
Stromabgabe an Letztverbraucher der Gruppe C' oberhalb eines Jahresverbrauchs an einer Abnahmestelle von 1 GWh	0
Summe:	19.969.289

3. Nachträgliche Korrekturen

Über die in den vorstehenden Tabellen gemachten Angaben hinaus haben sich folgende nachträgliche Änderungen der Stromabgaben an Letztverbraucher ergeben, die gemäß § 28 Abs. 5 Satz 3 KWKG, gemäß § 17f Abs. 1 EnWG i.V.m. § 28 Abs. 5 Satz 3 KWKG oder gemäß § 19 Abs. 2 Satz 15 StromNEV i.V.m. § 28 Abs. 6 Satz 3 KWKG 2016 in der Abrechnung für das Kalenderjahr 2019 zu berücksichtigen sind:

Änderungen für das Kalenderjahr 2018

Änderungen im Hinblick auf die Abrechnung nach KWKG und AbLaV

Die in der nachfolgenden Tabelle ausgewiesenen Änderungen teilen sich – vor Berücksichtigung des § 27b KWKG i.V.m. § 61l Abs. 1 EEG 2017 – auf die folgenden Letztverbrauchskategorien auf:

Stromabgaben an Letztverbraucher, für die wir berechtigt sind, die KWKG-Umlage zu erheben	[kWh]
KWKG-Umlage nach § 26 KWKG (100 % der KWKG-Umlage)*	0
Begrenzte KWKG-Umlage nach § 27a Abs. 1 KWKG (15 % der KWKG-Umlage)	0
Begrenzte KWKG-Umlage nach § 27c Abs. 1 Satz 1 KWKG (0,04 ct/kWh)	0
Begrenzte KWKG-Umlage nach § 27c Abs. 1 Satz 2 KWKG (0,03 ct/kWh)	0
Begrenzte KWKG-Umlage nach § 36 Abs. 3 Nr. 1 KWKG (0,16 ct/kWh)	0
Begrenzte KWKG-Umlage nach § 36 Abs. 3 Nr. 2 KWKG (0,12 ct/kWh)	0
Zwischensumme:	0
Stromabgaben an Letztverbraucher, für die der zuständige Übertragungsnetzbetreiber die KWKG-Umlage nach § 27 Abs. 2, 2a KWKG erhebt	0
Summe der Stromabgaben an Letztverbraucher	0

* einschließlich des Verbrauchs der ersten GWh an einer Abnahmestelle, an der die KWKG-Umlage nach § 27a KWKG (Anlagen zur Verstromung von Kuppelgasen), nach § 27c KWKG (Schienenbahnen) oder nach § 36 Abs. 3 KWKG (Übergangsregelung für bestimmte Letztverbraucher) begrenzt ist.

Die nachfolgende Tabelle gibt die Änderungen im Hinblick die Verringerung der KWKG-Umlage bei Stromspeichern i.S. des § 27b KWKG i.V.m. § 61l EEG 2017 wieder:

Verringerung der KWKG-Umlage aufgrund von	Änderung der Stromabgaben [kWh]	Änderung des Saldierungsbetrags [EUR]
§ 27b KWKG i.V.m. § 61l Abs. 1 EEG 2017 (von einem elektrischen, chemischen, mechanischen oder physikalischen Stromspeicher bei der Beladung verbrauchter Strom)		

Änderungen im Hinblick auf die Abrechnung nach StromNEV

Letztverbrauchskategorie	[kWh]
Stromabgabe an Letztverbraucher der Gruppe A' sowie der Gruppen B' und C' bis zu einem Jahresverbrauch an einer Abnahmestelle von 1 GWh	0
Stromabgabe an Letztverbraucher der Gruppe B' oberhalb eines Jahresverbrauchs an einer Abnahmestelle von 1 GWh	0
Stromabgabe an Letztverbraucher der Gruppe C' oberhalb eines Jahresverbrauchs an einer Abnahmestelle von 1 GWh	0
Summe:	0

Änderungen im Hinblick auf die Abrechnung nach EnWG³

Letztverbrauchskategorie	[kWh]
Stromabgabe an Letztverbraucher der Gruppe A'' sowie der Gruppen B'' und C'' bis zu einem Jahresverbrauch an einer Abnahmestelle von 1 GWh	0
Stromabgabe an Letztverbraucher der Gruppe B'' oberhalb eines Jahresverbrauchs an einer Abnahmestelle von 1 GWh	0
Stromabgabe an Letztverbraucher der Gruppe C'' oberhalb eines Jahresverbrauchs an einer Abnahmestelle von 1 GWh	0
Summe:	0

Änderungen für das Kalenderjahr 2017

Änderungen im Hinblick auf die Abrechnung nach KWKG und AbLaV

Die in der nachfolgenden Tabelle ausgewiesenen Änderungen teilen sich – vor Berücksichtigung des § 27b KWKG i.V.m. § 61k Abs. 1 EEG 2017 in der am 31.12.2017 geltenden Fassung (im Folgenden kurz „EEG 2017 a.F.“) – auf die folgenden Letztverbrauchskategorien auf:

³ Eine Abweichung der Abrechnung nach EnWG zu der Abrechnung nach KWKG und StromNEV kann sich ergeben, wenn Letztverbraucher vom Kalenderjahr abweichende Geschäftsjahre haben und daher ggf. einer anderen Letztverbrauchergruppe zuzuordnen sind.

Stromabgaben an Letztverbraucher, für die wir berechtigt sind, die KWKG-Umlage zu erheben	[kWh]
KWKG-Umlage nach § 26 KWKG (100 % der KWKG-Umlage)*	0
Begrenzte KWKG-Umlage nach § 27a Abs. 1 KWKG (15 % der KWKG-Umlage)	0
Begrenzte KWKG-Umlage nach § 27c Abs. 1 Satz 1 KWKG (0,04 ct/kWh)	0
Begrenzte KWKG-Umlage nach § 27c Abs. 1 Satz 2 KWKG (0,03 ct/kWh)	0
Begrenzte KWKG-Umlage nach § 36 Abs. 3 Nr. 1 KWKG (0,08 ct/kWh)	0
Begrenzte KWKG-Umlage nach § 36 Abs. 3 Nr. 2 KWKG (0,06 ct/kWh)	0
Zwischensumme:	0
Stromabgaben an Letztverbraucher, für die der zuständige Übertragungsnetzbetreiber die KWKG-Umlage nach § 27 Abs. 2, 2a KWKG erhebt	0
Summe der Stromabgaben an Letztverbraucher	0

* einschließlich des Verbrauchs der ersten GWh an einer Abnahmestelle, an der die KWKG-Umlage nach § 27a KWKG (Anlagen zur Verstromung von Kuppelgasen), nach § 27c KWKG (Schienenbahnen) oder nach § 36 Abs. 3 KWKG (Übergangsregelung für bestimmte Letztverbraucher) begrenzt ist.

Die nachfolgende Tabelle gibt die Änderungen im Hinblick die Verringerung der KWKG-Umlage bei Stromspeichern i.S. des § 27b KWKG i.V.m. § 61k EEG 2017 a.F. wieder:

Verringerung der KWKG-Umlage aufgrund von	Änderung der Stromabgaben [kWh]	Änderung des Saldierungsbetrags [EUR]
§ 27b KWKG i.V.m. § 61k Abs. 1 EEG 2017 a.F. (von einem elektrischen, chemischen, mechanischen oder physikalischen Stromspeicher bei der Beladung verbrauchter Strom)	0	0

Änderungen im Hinblick auf die Abrechnung nach StromNEV

Letztverbrauchskategorie	[kWh]
Stromabgabe an Letztverbraucher der Gruppe A' sowie der Gruppen B' und C' bis zu einem Jahresverbrauch an einer Abnahmestelle von 1 GWh	0
Stromabgabe an Letztverbraucher der Gruppe B' oberhalb eines Jahresverbrauchs an einer Abnahmestelle von 1 GWh	0
Stromabgabe an Letztverbraucher der Gruppe C' oberhalb eines Jahresverbrauchs an einer Abnahmestelle von 1 GWh	0
Summe:	0

Änderungen im Hinblick auf die Abrechnung nach EnWG

Letztverbrauchskategorie	[kWh]
Stromabgabe an Letztverbraucher der Gruppe A'' sowie der Gruppen B'' und C'' bis zu einem Jahresverbrauch an einer Abnahmestelle von 1 GWh	0
Stromabgabe an Letztverbraucher der Gruppe B'' oberhalb eines Jahresverbrauchs an einer Abnahmestelle von 1 GWh	0
Stromabgabe an Letztverbraucher der Gruppe C'' oberhalb eines Jahresverbrauchs an einer Abnahmestelle von 1 GWh	0
Summe:	0

Änderungen für das Kalenderjahr 2016

Änderungen im Hinblick auf die Abrechnung nach KWKG, StromNEV und AbLaV

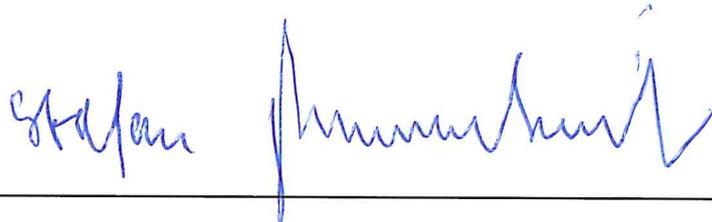
Letztverbrauchskategorie	[kWh]
Stromabgabe an Letztverbraucher der Gruppe A' sowie der Gruppen B' und C' bis zu einem Jahresverbrauch an einer Abnahmestelle von 1 GWh	0
Stromabgabe an Letztverbraucher der Gruppe B' oberhalb eines Jahresverbrauchs an einer Abnahmestelle von 1 GWh	0
Stromabgabe an Letztverbraucher der Gruppe C' oberhalb eines Jahresverbrauchs an einer Abnahmestelle von 1 GWh	0
Summe:	0

[Sofern Änderungen im Zusammenhang mit den Nachzahlungsverpflichtungen nach § 36 Abs. 1 KWKG mitzuteilen sind (einschließlich erstmaliger Meldungen), bietet es sich an, an dieser Stelle die entsprechenden Angaben in tabellarischer Form aufzubereiten.]

Änderungen im Hinblick auf die Abrechnung nach EnWG

Letztverbrauchskategorie	[kWh]
Stromabgabe an Letztverbraucher der Gruppe A" sowie der Gruppen B" und C" bis zu einem Jahresverbrauch an einer Abnahmestelle von 1 GWh	0
Stromabgabe an Letztverbraucher der Gruppe B" oberhalb eines Jahresverbrauchs an einer Abnahmestelle von 1 GWh	0
Stromabgabe an Letztverbraucher der Gruppe C" oberhalb eines Jahresverbrauchs an einer Abnahmestelle von 1 GWh	0
Summe:	0

Lichtenstein, 06.07.2020



Unterschrift EWR Netze GmbH

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unrechtmäßiger Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Schadensersatzanspruch nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüft und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagensersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagensersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.